

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Ämter Rhede, Dingden, Biedern und Werth

47. Jahrgang

Freitag, 27. September 1918

Nummer 226

Die Aussprache im Hauptaus- schuß.

Im Hauptauschluß sprach nach dem Staats-
sekretär v. Hinge der Vizelfanzler
v. Payer.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse im
jungen Baltikum.

Kurland, Livland und Estland, konnten bis jetzt
nicht geregelt werden. Wohl ist schon dieses Früh-
jahr die Selbständigkeit Kurlands von uns an-
erkannt worden. Ebenso gegenüber Livland und
Estland vorzugehen, verhinderte aber der Friede-
stand von Brest-Litowsk, der nach nicht zu be-
stehender Auslegung die fortwährende Zuge-
hörigkeit dieser Länder zum russischen Reich fest-
stellte. Erst in den vor einigen Wochen ratifizier-
ten Nachträgen zu diesem Friedensvertrage gab
Rußland seine Zustimmung zu der Unabhängig-
keitserklärung dieser Länder, und erst von dort
an waren sie auch rechtlich in der Lage, auf
Grund ihres Selbstbestimmungsrechts den An-
schluß bei Deutschland zu suchen. Sie wünschten
diesen Anschluß. Unser Wunsch ist, mit ihnen in
guter freundschaftlicher Beziehung zu leben.
Die weitere staatsrechtliche und politische Gestal-
tung der Länder liegt nun in ihrer Hand. Nach
unserer Ansicht wird den beiderseitigen Interessen
am besten Rechnung getragen, wenn wir uns mit
ihnen zunächst über die Konventionen verständi-
gen, die nötig sind, um die beiderseitigen
staatsrechtlichen Beziehungen zu regeln.

Es ist nicht beabsichtigt, die drei Länder als
selbständige Staatswesen fortbestehen zu lassen,
sie sollen — und wie mir scheint, wollen auch —
vielmehr zu einem Zusammengeschloßten werden, zu-
mal eine ethnographische Rücksicht Rechnung
tragende Siedlung so gut wie unmöglich ist.

Ueber die Form der künftigen Regierung des
Baltikums gehen die Meinungen dort wie in
Deutschland weit auseinander. Strömungen, die
Neigung zu einer republikanischen Regierungs-
form haben, steht die Tatsache gegenüber, daß
die Landesräte sich einstimmig für eine Perso-
nalarbeit mit Preußen ausgesprochen haben. Die
Entscheidung kann erst erfolgen, wenn die Ver-
ständigung über die Konventionen zustandege-
kommen ist. Wenn dabei auch den Völkern keine
Entscheidung aufgedrängt und ihr Wille respek-
tiert werden soll, wird doch Deutschland selbstver-
ständlich seine Interessen zu wahren und zu über-
legen haben, inwieweit es den Wünschen der
Völker — mag es sich nun um eine Perso-
nalarbeit oder um die Chronisierung durch einen
Prinzen eines deutschen Fürstenhauses handeln —
entgegenkommen kann. So sprechen gegen die
vielerlei und vielgestaltete Lösung in Form
der Personalunion mit Preußen vom Stand-
punkte des Reiches aus mancherlei politische
Gründe, so daß diese Lösung keineswegs als fest-
stehend angesehen werden kann. Vom deutschen
Standpunkt aus ist der Abschluß der Konventi-
onen das wichtigste. Um Berücksichtigung dynasti-
scher Interessen handelt es sich für das Deutsche
Reich keinesfalls.

Sämtliche drei Staaten unterstanden früher
einer rein militärischen Verwaltung. Seit dem
1. August ist darin eine Wandlung eingetreten;
die Verwaltung „Ober-Ost“ ist aufgelöst und an
deren Stelle für die „baltischen Länder“ und „Li-
thauen“ getrennt eine Verwaltung eingerichtet
worden, die, wenn auch der Obersten Heeresver-
waltung als Militärverwaltung unterstellt, doch
genau nach dem Muster einer Zivilverwaltung
eingesetzt ist. Neben dieser Organisation her-
besteht noch ein nichtmilitärischer Reichskommis-
sar für die Ostgebiete und Litauen.

Die Regelung der Verhältnisse in Litauen ist
leider nicht mit der erhofften Schnelligkeit vor-
schreiten. Die Ausarbeitung der Konven-
tionsentwürfe, die so viele Stellen in Anspruch
nimmt, war getrauert, und die Improvisation
der Tarnung, als sie durch Mehrheitsbeschluß in
der Person des Herzogs von Uraach übernahm,
derweise dem Lande einen König zu bestellen
versuchte, hat auch gerade nicht zur Klärung der
Situation beigetragen. Auch hier wird nun aber

die Entwicklung in Gang kommen, zunächst durch
eine Verständigung über die Konventionen,
deren definitiver Abschluß auch hier der späteren
erst zu schaffenden Regierung vorbehalten wer-
den muß. Für diese vorläufige Verständigung,
wie wohl auch für die Bildung der künftigen Re-
gierung, ist in Litauen in der Tarnung ein Or-
gan vorhanden, das aber gleichfalls beanstandet
ist. Sie besteht aus 20 Mitgliedern verschiede-
ner politischer Richtungen, enthält aber kaum
eine genügende Vertretung des litauischen
Bauernstandes und gar keine der nationalen
Minderheiten.

Die unlängst vorgenommene Wahl eines Mo-
narchen vor Verständigung über die Konventi-
onen erscheint jedenfalls verfehlt, ganz abgesehen
von formalen Bedenken gegen das dabei ge-
wählte Verfahren. Auch für Litauen gilt, wie
bereits erwähnt, daß mit dem 1. August dort eine
neue, allerdings noch militärische, aber doch mehr
den Anschauungen über den Aufbau einer zivilen
Verwaltung entsprechende Organisation einge-
geführt worden ist. So ist in sämtlichen Krei-
sen Litauens nunmehr die Einrichtung der
Kreisräte aus Landeseinwohnern eingeführt,
die dem Kreishauptmann in allen wichtigen
Sachen beratend zur Seite stehen. Man darf dar-
nach nunmehr als sicher annehmen, daß die wei-
tere Entwicklung dieser sämtlichen Länder zur
Selbständigkeit nun entschieden einsehen kann.
Von einer Annexion dieser Länder kann mit
Recht nicht mehr gesprochen werden, wenn wir
ihnen auch die — von ihnen übrigens gar nicht
beanspruchte — Freiheit, ganz ohne Rücksicht auf
uns, zu tun und zu lassen, was sie wollen, nicht
gewähren können. Sie werden dagegen auch
große Vorteile aus der Verbindung haben.

Der Friede von Brest-Litowsk.

trotz so manchem, was man an ihm in einzel-
nen ausführen unternimmt, ist schwer erkauf-
ter Zustand gekommen war für uns eine Lebens-
frage. Heute noch haben wir das allergrößte
Interesse an seiner Aufrechterhaltung, die allein
uns vor dem Zweifrontenkrieg und der Wieder-
herstellung des zaristischen Reiches sichert. An ihm zu
rütteln, solange der Krieg fort dauert, heißt das
Vaterland direkt in Gefahr bringen. Niemand
in verantwortlicher Stellung kann sich dazu ver-
stehen. Aber auch in der Beschränkung, daß die
Friedensverträge zunächst weiterbestehen, aber
bei Abschluß des sogenannten Weltfriedens der
Friedenskonferenz unterbreitet werden sollen,
scheint mir der Standpunkt meiner Gegner nicht
haltbar. Die sogenannten Randstaaten — und
um diese und um Rußland wird es sich bei die-
sen Gedankenängen in erster Linie handeln —
sind noch im Werden, sie wollen von Rußland
los, und Rußland hat ihnen das genehmigt. Sie
wollen auch nicht zu Rußland zurück, weder an
das derzeitige, noch, und zwar erst recht nicht, an
ein etwa wiederkehrendes zaristisches. Zogen-
wo aber müssen sie Anschluß suchen. Zur vollen
Selbständigkeit sind sie zu klein, und kein
angrenzender Großstaat könnte es ertragen, daß
sie nach Lust und nach Laune bald nach rechts,
bald nach links tändeln oder sich auf eigene
Faust unterwerfen. Sie wollen aber, obwohl sie im
Kriege und durch unsere Befehle viel schmerz-
zu ertragen hatten, zu Deutschland. Wir können
es natürlich nur begreifen, daß sie, von Rußland
abgetrennt, unsere Heimat, statt sie zu bedrohen,
schützen helfen. So groß aber unser Interesse
an dieser Regelung ist, so groß das Interesse
der Feinde, wenn wir sie mitsprechen lassen, an
der Umgekehrten. Sie werden diese Staaten
wieder gegen uns stellen, oder wir müssen auf
andern Gebieten große Opfer bringen, um das
genehmigt zu erhalten, was wir schon besitzen.
Unsere Gegner ihrerseits würden das sicherlich
nicht tun.

Frage man doch einmal in England an, ob
es seinerseits geneigt wäre, die Eroberung
Ägyptens, die es während des Krieges vorge-
nommen hat, beim Friedensschluß der Genehmi-
gung Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der
Türkei zu unterstellen. Und doch ist das ein rei-
ner Gewaltakt, während die Randstaaten sich auf
Grund des angeblichen und ihnen noch aus-
drücklich staatsrechtlich anerkannten Selbstbestim-
mungsrechts von Rußland losgelöst und uns zu-
gewandt haben.

Nach sind die Dinge in einem gewissen Fluß.
Das trifft auch für Polen zu. Nicht mit Unrecht
hat der Herr Staatssekretär Goltz neulich den
Brest-Litowsker Friedensvertrag als eine Art
Rahmen bezeichnet. Wie viel innerhalb desel-
ben noch zu geschehen hat, geht ja aus meiner
heutigen Ausführungen hervor, und die abge-
schlossenen wie die noch laufenden Verhandlun-
gen zwischen Rußland und uns beweisen, daß
auch hier auf der bestehenden Grundlage weiter-
gebaut werden muß und wird. Dieser natürlichen
Entwicklung der Dinge, der weiteren Regelung
der Beziehungen zwischen den Beteiligten selbst,
soll man nicht vorgreifen. Aller Wahrscheinlich-
keit nach werden auch die irgend einmal ja doch
eintretenden Verhandlungen mit den Westmäch-
ten direkten Anlaß zu Erweiterungen und Ver-
stärkungen auf dieses Verträge geben. Man
denke nur an die Fragen eines Völkerbundes,
der Schiedsgerichte usw., die auch in den Bezie-
hungen zu Deutschland und Rußland dann selbst-
verständlich beiden Teilen zugute kommen müssen.
Das kann man abwarten. Verfehlt wäre es
aber, die Verträge als solche, also auch ohne Not
der Einmischung uns feindlicher Elemente preis-
zugeben. Wir werden gegen die Menge unserer
Feinde feierlich obneben einmal bei den Ver-
handlungen einen schweren Stand haben.

Der Einwand, unsere Feinde werden sich
dabei, daß Deutschland und seine Bundesgenos-
sen diese Fragen als erledigt behandeln und nicht
in die kommende Friedensdiskussion einwerfen
wollen, überhaupt vom Eintreten in Friedens-
verhandlungen abhalten lassen, will ich nicht
ganz verschließen. Ich halte sie aber für
nur teilweise begründet. So sagen werden un-
sere Feinde, mindestens solange Kriegsgefahr
wie heute ihre Gesichte leiten, sicherlich. Wollten
wir im voraus abgeben, werden sie nicht mit uns
an dem Verhandlungstisch sitzen, aus einer Po-
sition in die andere drängen lassen, würden wir
schließlich mit ebenso leeren Taschen uns zur
Endabrechnung einfinden, wie sie mit voll-
Borert, glaube ich, denken sie überhaupt nicht an
Vernunft und Frieden und beauftragen sich am
Gedanken unserer Zerschmetterung. Sollten sie
daneben einmal so viel Einsicht, Selbstbeherr-
schung und Selbstlosigkeit zeigen, daß wir ihnen,
unbeschadet unserer Interessen, die Mitwirkung
bei Fragen gestatten können, die sie, wenn über-
haupt, jedenfalls nur indirekt berühren, können
wir uns ja immerhin mit denen, die neben uns
direkt beteiligt sind, darüber verständigen, ob wir
dann unter Wahrung der Gegenseitigkeit uns
mit unseren derzeitigen Feinden auch über diese
Frage unterhalten wollen. Bis dahin aber
glaube ich, handelt eine verantwortliche Rege-
rung, die mehr mit Tatsachen als mit der Hoff-
nung auf das Gerechtigkeitsgefühl und das
Wohlwollen unserer Feinde rechnen muß, pflichtbe-
wusst, wenn sie den alten Satz nicht ganz ver-
gisst: Suche zu halten, was du hast.

Darauf ergänzte General v. Weisberg seine
Ausführungen über die militärische Lage durch
Mitteilungen über den Stand der Operationen
in Mesopotamien und Persien. Tabris sei in der
Hand der Türken.

Der Ausschluß verlag sich darauf auf Mit-
woch Vormittag.

Berlin, 25. September.

Die Reden des Reichskanzlers und der übrigen
Regierungsvertreter haben wir der Wichtig-
keit der Lage entsprechend, ausführlicher gebracht,
obwohl sie eigentlich wesentlich Neues nicht ent-
hielten. Immerhin ist daraus zu entnehmen, daß
die Regierung einig und in sich geschlossen ist und
aus den heutigen Ausführungen der Parteiführer
kann entnommen werden, daß von einer
ernstlichen inneren Krise nicht gesprochen wer-
den kann. Sollte sie bestanden haben, so ist sie
überwunden.

Die Aussprache begann mit einer einstündi-
gen Rede des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion
Gröber, die bei den übrigen Parteien insofern

Ueberraschung hervorrief, als der Redner scharfe
Kritik an einem Entschluß des Kriegsministers
knüpfte, der Versammlungen für den Verständli-
gungsfrieden im Sinne der Reichstagsresolution
vom 19. Juli 1917 verbot. Der Abg. Gröber for-
derte die unbedingte Zurückziehung dieses Ent-
schlusses und auf einen Zuruf fügte er hinzu:
„Wenn diese Forderung politische Folgen haben
würde, so würde das Zentrum sie zu tragen wil-
len.“

Im übrigen führte er aus: Von größter Be-
deutung für den glücklichen Ausgang des Krie-
ges ist die Einheitlichkeit der inneren Front, die
Uebereinstimmung von Regierung und Volk.
Diese ist wesentlich gefördert worden durch die
Rede des Vizelfanzlers v. Payer in Stuttgart,
der ein Regierungsprogramm entwarf, das auch die
Zustimmung der Obersten Heeresleitung
gefunden hat. Auf den Boden dieses Programms
können die Parteien treten und an seiner Durch-
führung mitarbeiten. Notwendig zur Gewinnung
und Stärkung des vollen Vertrauens unseres Vol-
kes ist die völlige Offenheit unserer Politik. Den
Randstaaten, die sich im eigenen Interesse
Deutschland genähert haben, müssen wir entgegen-
kommen. Das Selbstbestimmungsrecht muß
in der Praxis geachtet werden. Unter keinen
Umständen darf die bisherige preussische Politik
aufrechterhalten werden. Auf dem Gebiete der
inneren Politik bildet die Handhabung des Be-
lagerungszustandsgesetzes den Gegenstand fort-
währender Besorgnis. Ich erwarte heute noch
eine Erklärung des Reichskanzlers, was er in
dieser Frage zu tun gedenkt.

Abg. Scheidemann (Soz.): In diesem Jahre
wurde weder der militärische Sieg noch der
Friede erreicht. Wir leiden an der Unterjochung
der Gegner. Andererseits ist der Glaube
unserer Gegner, Deutschland zerschmettern zu
können, eine Illusion. Je gewaltiger die Gegner
auf dem Kriegsschauplatz auftreten, desto mehr
werden wir vor Illusionen über Eroberungen
usw. bewahrt, um so mehr wird auch unsere
ganze Volkskraft in den Dienst der Abwehr ge-
stellt werden können, insbesondere dann, wenn
man dem Volke mit vollstimmigen Reformen
kommt. Der Friede von Brest-Litowsk entspricht
nicht unserer Anschauung. Die Rede Payers in
Stuttgart ist nicht offen genug. Ein Friede, wie
wir ihn für richtig halten, hätte uns die Mög-
lichkeit geboten, sämtliche Truppen vom Osten
nach dem Westen zu versetzen. Der Brest-Litowsker
Friede erscheint mir ein Friedenshindernis. Die König-
spielerei bei den Ostvölkern muß aufhören. Die
Entlassung des früheren Staatssekretärs von
Rühlmann schadet dem Friedensgedanken. Als
von Rühlmann ein Wort sprach, das den hohen
Militärs nicht genehm war, verschwand er im
Augenblick von seinem Posten. So können die
Dinge nicht weiter gehen; einmal muß es offen
ausgesprochen werden: Rubendorff regiert, nicht
Hertling! In der belgischen Frage hätte früher
und ganz anders gehandelt werden müssen. Der
U-Bootkrieg heizt uns Amerika auf den Hals.

General v. Weisberg: Der Entschluß des Kriegs-
ministers, der von den Rednern angezogen
wurde, richtet sich nicht gegen die Reichstagsent-
scheidung vom 19. Juli 1917. Dem Kriegsmini-
ster wurde bekannt, daß die Zentrumsfraktion für die
Entscheidung in ihren Versammlungen über den Rah-
men seiner Entschließung hinausging; infolge-
dessen erging die Anweisung an die Generalkom-
mandos. Die Verfügung des Kriegsministers
betreffend die Wahlrechtsfrage ist längst zurück-
gezogen.

Abg. Fritzsche (Sp.): Wir hoffen bestimmt auf
eine baldige Besserung der militärischen Lage,
die auch jetzt noch nicht bestimmend ist. Die
preussische Wahlrechtsvorlage wurde eingebracht,
um mit dem Volke, nicht allein mit einer privile-
gierten Kaste zusammenarbeiten zu können. Nun
muß die Regierung zeigen, daß es ihr auch ernst
mit der Vorlage ist. Die Völkerverbündnisse unter-
stützen wir eifrigen Herzens. Auf Hindenburg
und Rubendorff setzen wir großes Vertrauen,
aber sie sind hineingestellt in einen politischen
Zwiespalt, die Oberste Heeresleitung trieb wie-
derholt eine andere Politik als die Reichsleitung.

das Geuilleton H. Lemming, für den Reklame-
und Anzeigenteil Franz Heggen, sämtlich in Bocholt.

